

Viele Glückwünsche und solidarische Beiträge zur Verleihung des Buscher-Media- und Zukunftspreis

Antisemitismusbeauftragter, STN/STZ und DIG erledigen danach in Stuttgart die „Drecksarbeit“ für die rechtsextreme israelische Regierung

Pako Stuttgart, 30.12.25

Bei allen Mitwirkenden an der Verleihung des Buscher-Media- und Zukunftspreises an das Palästinakomitee Stuttgart bedanken wir uns für die vielen Glückwünsche und Redebeiträge mit starken Inhalten. Was die Redner am 10. Dezember 2025 im Stuttgarter Gewerkschafts- haus vor 200 Teilnehmern an der Veranstaltung vortrugen, bringt die Kompetenz und Menschlichkeit der Bewegung für die Verwirklichung der palästinensischen Rechte hervorragend zum Ausdruck. Großartig waren auch die musikalischen Beiträge des deutsch-jüdischen Ensembles *Tadamoun* (arabisch Solidarität).

Auch unsere Freunde aus der Schweiz und Frankreich zeigten ihre solidarische Unterstützung des Palästinakomitees und des palästinensischen Volkes. Unser besonderer Dank gilt selbstverständlich dem Stifter Dr. Marduk Buscher, der unsere Arbeit mit diesem Preis geehrt hat. Zur Preisverleihung haben wir verschiedene Filmaufnahmen und Rede-Texte auf der Homepage des Palästinakomitees sowie auf unserer Facebook- und Instagram-Seite veröffentlicht. Dort haben wir auch zu einigen Presseberichten verlinkt.

Die Links zu unseren Internet-Plattformen sind:

<https://senderfreiespalaestina.de>

<https://www.facebook.com/PaKo.Stuttgart/>

<https://www.instagram.com/p/DSM-uoNiIXY/>

Die Schmutz-Attacke von STN/STZ, DIG und dem Antisemitismusbeauftragten

Eine ganze Woche nach Veranstaltung schob die von uns rechtzeitig mit Pressemitteilungen informierte Redaktion der Stuttgarter Nachrichten/Stuttgarter Zeitung ihren schmutzigen Angriff nach. Redakteur Eberhard Wein holte sich dafür gezielt diejenigen, die uns in der Vergangenheit in Stuttgart immer wieder attackiert hatten, den Antisemitismusbeauftragten Dr. Michael Blume sowie die Deutsch-Israelische Gesellschaft Stuttgart. Zu Wort kam außer-

dem Preisstifter Dr. Marduk Buscher, während Wein das Palästinakomitee als weiteren Beteiligten aus der Recherche ausschloss.

Entsetzt lesen wir in Weins Artikel, dass für den Antisemitismusbeauftragten der 7. Oktober 2023 die Rechtfertigung für den israelischen Genozid in Gaza liefert. Anders lässt sich seine Argumentation, warum das Palästinakomitee nicht preiswürdig sei, nicht verstehen. Auch Preisstifter Dr. Marduk Buscher bezeichnet die Begründung von Blumes Verurteilung unserer Auszeichnung als ein billiges Ablenkungsmanöver. Wir veröffentlichen Buschers Email an Blume weiter unten. Darüber hinaus ignoriert Blume die gut belegte rassistische Unterdrückung durch das israelische Apartheidsystem. Offensichtlich ist auch diese Situation für Blume völlig in Ordnung. Unter vielen anderen hat übrigens UN-Generalsekretär António Guterres auf den Hintergrund der 77 Jahre anhaltenden rassistischen Unterdrückung der Palästinenser hingewiesen, vor dem die Ereignisse des 7. Oktobers 2023 zu sehen und zu bewerten seien.

Bleibe noch anzumerken, dass auch Blume genau weiß, dass wir uns mehrfach gut sichtbar und hörbar in der Öffentlichkeit von Angriffen auf Zivilisten am 7. Oktober 2023 distanziert haben (dies gilt für die palästinensische Seite genauso wie für die israelische Armee, die Kampfhubschrauber, Hellfire-Raketen und Panzer in den Kibbuzim und der Umgebung eingesetzt und dabei viele Zivilisten getötet hat). Aber für den Antisemitismusbeauftragten ist es offensichtlich bequemer, unsere Position tendenziös und einseitig wiederzugeben.

Um Missverständnissen vorzubeugen, der Antisemitismusbeauftragte Blume weiß genauso wie wir, dass der israelische Krieg mit Vertreibung von Millionen Menschen, fast völliger Zerstörung jeglicher Lebensgrundlagen im Gazastreifen, Aushungern sowie inzwischen fast 80.000 getöteter Palästinenser (davon sind 70% Frauen und Kindern) international unter führenden Experten als Genozid gilt. Unter diesen Fachleuten sind nicht nur die UN und Amnesty International sondern auch so bekannte jüdisch-israelische Wissenschaftler wie der Holocaust- und Genozid-Experte Prof. Omer Bartov.

Blume kennt auch genau den seit Jahrzehnten mit zahlreichen Untersuchungen belegten Apartheidvorwurf gegen den Staat Israel. Die Nachweise finden sich sowohl in älteren Studien von jüdisch-israelischen Forschern als auch in neueren umfangreichen Recherchen von angesehenen Menschenrechtsorganisationen wie Human Rights Watch, Amnesty International, der jüdisch-israelischen NGO B'Tselem sowie der UN.

Doch Blume geht lieber den opportunistischen und menschenverachtenden Weg des Leugnens und Rechtfertigens von 77 Jahren rassistischer israelischer Unterdrückung und Kriegsverbrechen an den Palästinensern. Die politischen Konsequenzen der gewissenlosen Haltung

deutscher Regierungsvertreter wie Blume bekommen nicht nur die Palästinenser in Gaza zu spüren, sondern auch die Menschen im Sudan, Kurdistan und anderen Ländern. Sowohl in Palästina als auch im Sudan werden die Täter (Staat Israel und Vereinigte Arabische Emirate als Hauptstütze der RSF-Miliz, die für die Kriegsverbrechen im Sudan verantwortlich ist) von der Bundesregierung unter Bruch des internationalen Völkerrechts mit Waffen beliefert und politisch gestützt. Auch die Türkei, die die Kurden ständig angreift, bekommt uneingeschränkt militärische Unterstützung durch die Bundesregierungen. Dabei brechen die führenden Politiker gewissenlos den deutschen Grundsatz, keine Waffen in Kriegs- und Krisengebiete zu liefern.

Der Vollständigkeit halber wollen wir noch erwähnen, dass es die von Blume schwer beschuldigten Palästinenser sind, die vor wenigen Tagen zum wiederholten Mal eine unparteiliche internationale Untersuchung der Ereignisse des 7. Oktobers 2023 forderten. Der israelische Regierungschef Netanjahu verweigert hingegen weiterhin die von den Angehörigen der israelischen Opfer geforderte unabhängige Aufarbeitung. Hier zeigt sich erneut, wer offen ist für Klärung und Rechenschaft. Bereits im Jahr 2009, als die UN-Untersuchungskommission des Richters Richard Goldstone zu den Ereignissen im vorhergehenden Gaza-Krieg 2008/2009 recherchierte, kooperierte die palästinensische Seite mit der internationalen Untersuchungskommission, während die israelische Regierung jegliche Zusammenarbeit verweigerte.

Geradezu lächerlich ist die Beschreibung des Palästinakomitees als „größte Bedrohung des Zusammenlebens in Stuttgart“ durch Oliver Vrankovic, den Vorsitzenden der lokalen Deutsch-Israelischen Gesellschaft (DIG). Dabei ist es die DIG Stuttgart, die die rassistischen Fans von Maccabi Tel Aviv gefeiert hat im Stadtzentrum, genau die Fans, die später in der Stuttgarter Öffentlichkeit die Menschen mit Gesängen wie „Ihr seid die Araber-H*ren...., Wir werden euch f*cken und euer Blut trinken ..., wir v*rgewaltigen eure Mädchen... sowie mit Hitlergruß erschreckt haben. Maccabi Tel Aviv hat für diesen rassistischen Auftritt in Stuttgart eine Strafe von der UEFA kassiert. Das war zwar für BBC und New York Times einen Bericht wert, aber nicht für die Stuttgarter Zeitungen STN/STZ.

Es sind in Wirklichkeit die DIG und ihr Vorsitzender, die das friedliche Zusammenleben in Stuttgart gefährden. Sie fallen auch sonst in Stuttgart regelmäßig mit Ausgrenzung, Unterdrückung der Meinungsfreiheit, Provokationen sowie Rechtfertigung rassistischer Politik auf. In den Veröffentlichungen der Stuttgarter DIG findet sich sowohl die offene Propagierung israelischer Siedlungspolitik auf geraubtem palästinensischen Boden als auch die Verherrlichung der mit Kriegsverbrechen schwer belasteten israelischen Armee. Ausgrenzen und repressiv verfolgen möchte die DIG nicht nur das Palästinakomitee, wie im Artikel erwähnt. DIG und ihr Vorsitzender Vrankovic wollen auch die Palästinenser in zionistisch-kolonialisti-

scher Weise gerne loswerden und aus dem historischen Mandatspalästina entfernen. Ein kleiner Einblick in die Chats des DIG-Vorsitzenden Vrankovic verdeutlicht dies. Auf die Ankündigung des französischen Präsidenten Macron, einen palästinensischen Staat anerkennen zu wollen, phantasierte Vrankovic im Juli 2025 auf facebook, ganz in der Art kolonialer Herrn, den Transfer der Palästinenser weit weg in „französische Überseegebiete“. Wir können davon ausgehen, dass nicht nur die Palästinenser, sondern auch die Bewohner der „Überseegebiete“ Vrankovics Phantasien als menschenverachtenden Kolonialismus verurteilen.

Es ist Blumes Aufgabe, in Stuttgart und Baden-Württemberg dem Rassismus und Antisemitismus entgegen zu treten. Doch Blume lässt sich ständig von der DIG instrumentalisieren, um Kritiker der israelischen Politik, des Genozids und der israelischen Kriegsverbrechen repressiv zum Schweigen zu bringen. Das ist ein offensichtlicher Missbrauch seines Amtes. Es ist nicht seine Aufgabe, die „Drecksarbeit“ für die israelischen Regierungen in Stuttgart und dem Land Baden-Württemberg zu erledigen.

Marduk Buscher hat gegenüber STN/STZ auch die Politik der DIG Stuttgart passend kommentiert, indem er deren Gleichsetzung der Kritik israelischer Politik mit Judenhass verurteilte. Die Unterscheidung zwischen dem Staat Israel mit seiner Politik und den Jüdinnen und Juden ist selbstverständlich eine wesentliche Grundlage für die Bekämpfung von Antisemitismus. Warum sich Wein auch davon distanziert, bleibt sein Geheimnis.

Die Begründung, warum „die Nähe zur Boykottbewegung“ (BDS) der Ex MdB Annette Groth und der Mitbegründerin der Jüdischen Stimme Prof. em. Fanny-Michaela Reisin negativ zu bewerten sei, bleibt Wein den Lesern ebenfalls schuldig. Die 400 Wissenschaftler, die die *Jerusalem Declaration on Antisemitism* - ein wichtiges Werkzeug zur Definition von Antisemitismus - unterzeichnet haben, ordnen jedenfalls Boykott und Sanktionen als wesentliches, gewaltfreies und nicht antisemitisches Instrument zivilgesellschaftlicher Bewegungen ein.

Wir wissen nicht, wie lange Blume und Redakteur Wein die Politik der rechtsextremen israelischen Regierungen und deren Propaganda noch mit offensichtlich einseitiger Argumentation und Artikeln unterstützen wollen. Die übergroße Mehrheit der Einwohner der Bundesrepublik und damit vermutlich auch eine erhebliche Gruppe der Leser von STN/STZ stehen der Politik des Staates Israel und ihren Befürwortern inzwischen sehr kritisch gegenüber. Sie fordern Druck, um die faschistische israelische Politik zu stoppen. Eine Ausnahme machen hier nur die Anhänger der AFD, einer Partei, die den Staat Israel mit seinem rassistischen Nationalismus und Militarismus geradezu als Modell für die eigene Zukunftsperspektive sieht. Bei den AFD-Anhängern spricht sich immer noch eine große Gruppe gegen jeglichen Druck auf die israelische Regierung aus. Es scheint, dass Weins und Blumes Auffassung am

ehesten mit den AFD-Anhängern im Einklang steht. Wir legen keinen Wert auf Journalisten wie Wein oder Regierungsvertreter, die schmutzige Aufträge gewissenlos ausführen.

Der Artikel von STN/STZ findet sich unter:

<https://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.antisemitismus-debatte-preis-fuer-stuttgarter-palaestinakomitee-sorgt-fuer-empowerung.24ac0a8a-43f3-4642-9eb1-63cf0b7590a7.html>

<https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.antisemitismus-debatte-preis-fuer-stuttgarter-palaestinakomitee-sorgt-fuer-empowerung.24ac0a8a-43f3-4642-9eb1-63cf0b7590a7.html>

Palästinakomitee Stuttgart e. V.

Email des Preisstifters Marduk Buscher an den Antisemitismusbeauftragten Michael Blume am 21.12.25

Sehr geehrter Herr Blume,

wie ich den Stuttgarter Nachrichten entnehmen konnte, monieren Sie das Fehlen eines Hinweises auf „das grausame Massaker vom 7. Oktober“ bei der Preisverleihung am 10.12.2025?

Dies grenzt in meinen Augen -mit Verlaub- an Whataboutism! Der anlaßlose Hinweis auf die Geschehnisse, die zu bewerten nicht meine Aufgabe ist, erzwingt aber geradezu die Beantwortung der unausgesprochenen Frage nach der Kollektivschuld – im konkreten, wie im abstrakten Sinn.

Stellen Sie sich vor, ab 1946 hätte jeder Empfänger eines Carepaketes zunächst darüber Auskunft geben müssen, was er am 9. November 1938 gemacht hat ... die deutsche Bevölkerung wäre vermutlich verhungert. Hätte man das nicht -angesichts der breiten Zustimmung der Deutschen zu dem Pogrom- zulassen dürfen oder sogar müssen?

Sollte man also tatsächlich die palästinensische Bevölkerung insgesamt dafür büßen lassen, was nur einige Wenige in ihrem Namen getan haben?

Und, wenn ja, was ist mit der israelischen Bevölkerung, die zu einem überwiegenden Anteil die vermutlich als genozidal einzustufende, auf jeden Fall aber weit über jedes humane Maß hinausgehende Gewalteskalation der israelischen Regierung mitträgt? Sollte Israel zur Strafe dann nicht auch dem Erdboden gleichgemacht und seine Bevölkerung ausgehungert werden?

Kommen wir zu der unausgesprochenen, aber mit Ihrem wichtigen Amt untrennbar verbundenen Frage, was genau eigentlich Antisemitismus ist.

Wie ich in meiner Laudatio gesagt und in meinen Texten zur Preisverleihung auch geschrieben habe, orientiere ich mich bei der Frage, was Antisemitismus sei, an der von Prof. Dr. Michael Wolffsohn gemachten Unterscheidung zwischen Antisemitismus, Antijudaismus und Antizionismus. Ich muß Ihnen das sicher nicht erklären.

Sind die Juden in aller Welt, die den Staat Israel ablehnen und sein Regierungshandeln verurteilen, Antisemiten? Einige waren bei meiner Preisverleihung vor Ort und haben sich geäußert.

Die Gleichsetzung von Antisemitismus und Antizionismus führt leider zu dem schwerwiegenden Missverständnis bei vielen Menschen, alle Juden seien für das Regierungshandeln Israels mitverantwortlich.

Geradezu obszön muß man es nennen, wenn die israelische Regierung selbst solch abscheuliche Verbrechen, wie das in Sydney, welches aus dem genannten Missverständnis resultieren könnte, zur Rechtfertigung der eigenen Verbrechen heranzieht.

Sehr geehrter Herr Blume, ich selbst und auch das PAKO Stuttgart tun nach meiner Beobachtung alles, um dieses folgenschwere Missverständnis aufzuklären und den Menschen klarzumachen, daß ein im Sinne der Gleichsetzung aus dem Antizionismus resultierender Antisemitismus verachtenswert ist!

Wäre es nicht auch Ihre Aufgabe, in diesem Sinne tätig zu sein, statt sich als willfähriger Statthalter der verbrecherischen und rechtsradikalen israelischen Regierung mißbrauchen zu lassen und jede Kritik an Israel als „antisemitisch“ zu denunzieren?!

Apropos - wo waren Sie bei der Preisverleihung am 10.12.? Sie urteilen sozusagen „aus zweiter Hand“? Hatten Sie eigene Spitzel vor Ort? Waren es die „IM“ des Verfassungsschutzes, die Sie aufgestachelt haben? oder Vertreter der DIG, die vor Ort waren, ohne selbst den Mund aufzumachen?

Ich hätte Ihren Vorwurf gerne im Augenblick des Entstehens entkräftet.

Nun steht er öffentlich im Netz und vertieft die Gräben in der Gesellschaft, die zu schließen ich mir mit der Verleihung meines Preises zur Aufgabe gemacht habe. Ob Sie das wieder gut machen wollen?

Ich denke nicht! Sie haben ja Ihren Auftrag ...

Mit freundlichem Gruß zu den Feiertagen

Marduk Buscher

Email des Preisstifters Marduk Buscher an den DGB am 21.12.25

Sehr geehrte Damen und Herren,

liebe Kolleginnen und Kollegen,

liebe Genossen (so es solche noch gibt),

als ich nach Stuttgart aufbrach, um meinen 13. Buscher-Media-Zukunftspreis zu verleihen, war ich beglückt, daß dies sozusagen im Namen und unter dem vermeintlichen Schutzschild Willi Bleichers geschehen sollte, der ein Beispiel für gewerkschaftlichen Kampf gegen Ungerechtigkeit, Gewaltherrschaft und gesellschaftliche Entsolidarisierung gegeben hat.

Ihre aktuelle Sprecherin, Jana Theis, folgt diesem Beispiel nicht, sondern distanziert sich von der Preisverleihung, suggeriert, wenn der DGB gewußt hätte, wer da was veranstaltet, hätte der Saal nicht zur Verfügung gestanden. Die nicht unbeträchtliche Saalmiete (deren Ausgleich ich neben dem Preisgeld übernommen habe) hat der DGB aber gerne eingestrichen, oder?

Vielleicht wäre es sinnvoll gewesen, sich zuerst einmal zu informieren, bevor man sich distanzierte?!

Ich bin seit 1989 Gewerkschaftsmitglied. Aufgrund meiner Totalverweigerung (damals noch politisch zu verstehen und nicht als Sozialschmarotzertum denunziert), konnte ich mein Volontariat beim SWF nicht antreten und wurde im Laufe der Jahre vom SWF/SWR immer stärker in die Rolle des Unternehmers gedrängt, um meinen Lebensunterhalt zu verdienen. Daneben gab mir diese Rolle die Möglichkeit, in Dutzenden Fällen sozial benachteiligten Menschen die Möglichkeit einer Ausbildung zu gewähren, und ehemalige Zeitsoldaten zu resozialisieren, indem ich ihnen eine Umschulung ermöglichte. Einer hat sogar nachträglich den Wehrdienst verweigert und seine Abfindung verloren, die ich ihm auf anderem Wege erstatten konnte.

Als ich 2012 „abgeschossen“ wurde und meine SWR-Aufträge verlor, verhöhnte mich meine Gewerkschaft, als ich um Rechtshilfe bat, weil ich ja ein Unternehmer sei. Interessant, wie die Gewerkschaft das alte Schwarz-Weiß-Denken bewahrt, und es selbst schafft, über undurchsichtige Unternehmensstrukturen zum Beispiel auch den Willi-Bleicher-Saal zu vermarkten.

Ich bin dennoch Gewerkschaftsmitglied geblieben.

Ab 2013 verleihe ich meinen Zukunftspreis, und die Liste der Empfänger spricht m.E. für sich und meine humanistischen Ideale (<https://marduk-buscher.de/buscher-media-zukunftspreis/>).

Angesichts der wohlfeilen Entsolidarisierung, welche sich Frau Theis im Namen des DGB Stuttgart geleistet hat, erwarte ich in Form einer Gegendarstellung eine klare Positionierung des DGB Stuttgart hinsichtlich meines Zukunftspreises und seiner Vergabe an das PAKO Stuttgart und eine Zurücknahme der Entsolidarisierung und der unausgesprochenen Bestätigung der vom Antisemitismusbeauftragten gemachten Unterstellungen!

Ich leite Ihnen mein Mail an den Antisemitismusbeauftragten des Landes weiter, welches meine inhaltliche Argumentation beinhaltet.

Es ist einer Gewerkschaft unwürdig, der Regierung und der von ihr verordneten Gesinnung so unreflektiert zu folgen, wie es augenscheinlich Frau Theis tut. Und ich hoffe, daß sie damit nicht die Meinung des DGB-Vorstandes Stuttgart vertritt!

Mit freundlichem Gruß

Marduk Buscher